





leeres sein. In diesem Vorwärtsschreiten war das Gericht nur an eine Schranke geknüpft. Es durfte nicht zu einer Verhaftung schreiten, ohne dazu die vorgängige Genehmigung des Hauses erhalten zu haben. Ueber die Frage, ob die Vorführung im Sinne der Strafprozessordnung unter den Begriff der Verhaftung im Sinne der Verfassungsurkunde fällt, hatte das Landgericht zu entscheiden, da es sich um eine Auslegungssache handelt. Wenn das Haus mit der verneinenden Entscheidung des Landgerichts nicht einverstanden ist, so ist es befugt, heute der Jurisdiktion für die Dauer der Session ein Ziel zu setzen. Die Staatsregierung ist ihrerseits nicht in der Lage, das gerichtliche Verfahren einzuhalten. Sie muß den Vorführungsbeehl als einen Akt der richterlichen Gewalt ansehen, der vielleicht einer Anfechtung unterliegen kann im Wesen des Rechtsmittels, an dem aber die Staatsregierung weder etwas ändern, noch Kritik üben kann. Unter diesen Umständen würde es eine lediglich theoretische Bedeutung haben, wenn von diesem Punkte aus eine Meinungsäußerung über diese Frage erfolgte. Daher muß ich es ablehnen, namens der Staatsregierung Stellung zu dieser Streitfrage zu nehmen, um so mehr, als die vom Vorredner beabsichtigte Klarstellung in der Sache selbst liegt. Gegen den Vorführungsbeehl des Landgerichts hatte der Staatsanwalt das Rechtsmittel der Beschwerde eingelegt. Der Staatsanwalt war der Ansicht, daß das Richteramt zu dem ersten Termin kein Grund zur sofortigen Vorführung sei, daß der Angeklagte vielmehr mit Rücksicht auf die Eröffnung des Landtages als entschuldigt zu erachten sei. Nachdem er mit dieser Ansicht nicht durchgedrungen ist, hat er den Weg der Beschwerde beim Kammergericht erhoben. Nach einer mir soeben zugegangenen Mitteilung ist die Beschwerde als unzulässig zurückgewiesen auf Grund der Bestimmung der Strafprozessordnung, daß Entscheidungen der erkennenden Richter, welche der Urteilsfällung vorausgehen, der Beschwerde nicht unterliegen, ausgenommen in Verhaftungsfällen. Das Kammergericht hat in seinem Beschlusse ausgeführt, daß diese Ausnahme nicht zutrefte, da es sich nicht um eine Verhaftung, sondern um eine Vorführung handle. (Heiterkeit.)

Da eine Besprechung von keiner Seite beantragt wird, ist die Interpellation erledigt.

Die Mandate der Abgeordneten Günther (nl.), Korsch (konf.), Krah (Rp.), v. Balan (konf.) werden entsprechend dem Antrage der Geschäftsordnungskommission für nicht erloschen erklärt.

Der Nachweis über die Verwendung des in dem Eisenbahnetat 1891/92 vorgesehene Dispositionsfonds von 2500 000 Mk. und die Mittelteilung, betreffend die Ausführung der Eisenbahnverstaatlichungsgesetze, werden durch Kenntnisknahme für erledigt erklärt.

Die Petitionen der Gemeindeverbände von Bardowick, Wittorf und Sandorf, Regierungsbezirk Lüneburg, um Errichtung einer Apotheke in Bardowick und der Lehrerswitwe Kandziora in Schelejewitz um Bewilligung von Unterstützung aus Staatsmitteln werden der Regierung zur Erwägung überwiesen.

Durch Uebergang zur Tagesordnung werden erledigt: Die Petitionen der Scharfrichterei- und Abdeckereibesitzer Diener und Genossen in Angermünde u. a. D. um Ablösung und Regelung des Abdeckereizwanges, des Magistrats in Arneburg um Einrichtung eines Gerichtstages daselbst, des Kanzlei-Insppektors Bodzus in Jüterburg um Bewilligung einer Gehaltszulage.

Bezüglich der Petition der Einwohner Peter Börsch und Genossen in Obergaul, betr. die Schulpflichtdauer der Kinder der Volksschule aus der ländlichen Bevölkerung der Rheinprovinz, beantragt die Unterrichtskommission Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. **Frhr. v. Poë** (Ztr.) schlägt vor, die Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Der Wunsch der Petenten, daß die Schulpflicht auf das 13. Lebensjahr herabgesetzt werde, sei begründet. Durch eine solche Herabsetzung werde ein Axtel der Gemeindebeitragslasten gespart. (Beifall im Zentrum.)

Abg. **Dauzenberg** (Ztr.) unterstützt diesen Antrag und meint, die Kreis- und Provinzialinspektoren seien Schulinspektoren, und wenn der Schulzwang weiter so wie bisher ausgeübt werde, werde er zur grausamen Tyrannei. (Beifall im Zentrum.)

Abg. **v. Kölichen** (konf.) meint, das 14. Lebensjahr müsse als Grenze der Schulpflicht festgehalten werden, und vertritt deshalb den Antrag der Kommission.

Abg. **Schiffardt** (Magdeburg; nl.) unterstützt gleichfalls den Kommissionsantrag. Die Neuerungen des Zentrums erinnerten an die schlimmsten Zeiten des Kulturkampfes. Man müsse stolz auf die Einführung des Schulzwangs sein. Die geordnete Schulaufsicht liege mit Recht in den Händen der weltlichen Kreis- und Provinzialinspektoren. (Beifall links.)

Die Petition des Direktoriums des landwirtschaftlichen Zentralvereins der Provinz Sachsen in Halle, betreffend den Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Deutschland und Rußland,

beantragt die Petitionskommission, der Regierung als Material zu überweisen.

Abg. **Vopelius** (ff.) begründet einen inzwischen eingelaufenen Antrag Arendt, die Petition der Regierung zur Berücksichtigung dahin zu überweisen, daß sie dahin wirke, daß bei den bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen mit Rußland die Interessen der Landwirtschaft und Industrie besser gewahrt werden, als bei den Handelsverträgen mit Oesterreich, der Schweiz und Aegypten.

Abg. **Rickert** (dfr.): Ehe wir überhaupt in eine handelspolitische Debatte eintreten, ist es notwendig, daß uns ein schriftlicher Bericht vorgelegt wird. Die Sache gehört überhaupt in den Reichstag. Aus diesem Grunde hatte ursprünglich auch Abg. Jürgensen beantragt, die Petition als ungeeignet für eine Verhandlung im Plenum zu erklären. Da man schließlich die Sache los sein wollte (Widerspruch) rechts, hat man die Petition als Material überweisen. Wir haben hier gar kein Recht, auf die Frage der Handelsverträge materiell einzugehen. Ich beantrage prinzipieller, die Petition zur schriftlichen Berichterstattung an die Kommission zurückzuverweisen, in zweiter Linie Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. **Dr. Vieber** (Ztr., zur Geschäftsordnung) unterstützt den Antrag, die ganze Angelegenheit zur schriftlichen Berichterstattung an die Kommission zurückzuverweisen.

Abg. **Graf Limburg-Sturum** (konf.) widerspricht diesem Vorschlage, der in der Sache dem Antrag auf Tagesordnung gleichkomme und nur von denjenigen gestellt sei, denen diese durchaus notwendige Besprechung unbedeutend sei.

Abg. **Sobrecht** (nl.) hält die Zurückverweisung gleichfalls für geboten, da eine so wichtige Besprechung vorbereitet sein muß und für dieselbe die Anwesenheit des Ministers notwendig sei.

Abg. **v. Schalscha** (Ztr.) spricht für sofortige Berathung der Petition.

Abg. **Dr. Vieber** kommt dem Vorredner so weit entgegen, daß er die Angelegenheit zur schriftlichen Berichterstattung an die Kommission zurückzuverweisen will.

Abg. **Dr. Meyer-Berlin** (dfr.): Durch den Antrag Arendt ist ein ganz neues Moment in die Debatte gekommen. In eine materielle Besprechung kann nicht in Abwesenheit des Ministers eingetreten werden. Es liegt das im eigenen Interesse der Petenten.

Abg. **Dr. Arendt** (ff.): Da die Vertragsverhandlungen begonnen haben, müssen wir schon jetzt in die Debatte eintreten, wenn die Besprechung überhaupt von Nutzen sein soll.

Abg. **Lehmann** (Ztr.) meint, wenn die Sache an die Kommission verwiesen werde, könne der Bericht erst in acht Tagen fertig gestellt sein.

Abg. **Dr. Vieber** (Ztr.) weist darauf hin, daß der Antrag Arendt eine Kritik des Verhaltens der Regierung enthalte und weit über den Rahmen der Petition hinausgehe.

Abg. **Rickert** (dfr.) meint, man könne wenigstens Drucklegung des Antrags Arendt und des Wortlauts der Petition verlangen.

Die Abstimmung über den Antrag Vieber findet durch Zustimmung statt. Für den Antrag stimmten 115, dagegen 122 Abgeordnete. Der Antrag ist demnach abgelehnt.

Abg. **Dr. Friedberg** (nl.; zur Geschäftsordnung): Nachdem unter diesen eigenthümlichen Umständen der Antrag Vieber abgelehnt ist, beantrage ich auf Grund des § 60 der Verfassung, daß das Haus die Anwesenheit der Minister verlange, und daß wir die Verhandlungen bis zur Anwesenheit der Minister unterbreche.

Finanzminister **Dr. Miquel**: Ich bin nicht gekommen, um mich an der Debatte zu beteiligen. Ich bin außer Stande, namens der Staatsregierung irgend eine Erklärung abzugeben. Da ich jedoch anwesend bin, möchte ich meine persönliche Meinung dahin aussprechen, daß, wenn es im allgemeinen schon bedenklich ist, wenn Partikularlandesvertretungen in dieser Weise in Reichsangelegenheiten eingreifen, es doppelt gefährlich ist, wenn das geschieht bei schwebenden Verhandlungen mit fremden Staaten. Was nun den Antrag Arendt betrifft, so bedeutet der nichts mehr und nichts weniger als ein Tadelvotum gegen die preussische Regierung, gegen die Reichsregierung und gegen den Reichstag.

Abg. **Frhr. v. Minnigerode** (konf.): Eine nachträgliche Einwirkung bei Handelsverträgen hat für uns gar keinen Werth. Der Antrag Rickert auf Absetzung des Gegenstandes von der Tagesordnung wird abgelehnt.

Abg. **Rickert** (dfr., zur Geschäftsordnung): Ich kann nur an Ihr Gefühl appelliren, daß wir es nicht für zulässig halten, an der Regierung eine Kritik zu üben, ohne daß jemand von der Regierung anwesend ist. Ich bitte um Annahme des Antrags Friedberg.

Abg. **Dr. Sattler** (nl.): Ich beantrage namentliche Abstimmung über den Antrag Friedberg. (Große Unruhe rechts, Zustimmung links.)

Die Abstimmung ergab, daß auch die Konservativen und Freikonservativen zum Theil für den Antrag stimmten, 197 für, 68 Stimmen gegen den Antrag.

Präsident **v. Köller** wird die betheiligten Ressortminister benachrichtigen, daß das Haus ihre Anwesenheit verlangt.

Die Petition des Baumschulbesizers Müller und Genossen in Jagel, wegen eines Güterbahnhofes daselbst, und des Lehrers Schom-

mers in Beckingen, wegen Nachzahlung von Gehaltsbeträgen werden der Regierung zur Erwägung überwiesen.

Nächste Sitzung Montag 11 Uhr (Kultus et c.).  
Schluß 4 Uhr.

## Deutschland.

□ **Berlin, 9. Febr.** [Ein Fehlschlag der Konservativen.] Wunderbare Dinge sind heute im Abgeordnetenhaus passiert. Die Agrarier haben sich mit der Fähigkeit, die wirklich an bessere Aufgaben verwendet werden könnte, in ihren Grimm gegen einen russischen Handelsvertrag so verbissen, daß sie die Gelegenheiten zum Demonstrieren förmlich an den Haaren herbeiziehen. Das Abgeordnetenhaus hatte heute über Petitionen zu berathen, was im Allgemeinen nicht sehr aufregend zu wirken pflegt. Unter diesen Petitionen war eine des landwirtschaftlichen Zentralvereins der Provinz Sachsen, die sich gegen einen russischen Handelsvertrag erklärte. Die Petitionskommission hatte vorgeschlagen, diese Eingabe der Regierung „als Material“ zu überweisen. Unvermuthet erhob sich der Abg. **Arendt** und beantragte, die Petition möge „zur Berücksichtigung“ überwiesen werden. Der Unterschied ist groß, und die Annahme dieses Antrages würde eine entschiedene Erklärung des Abgeordnetenhauses gegen den Handelsvertrag mit Rußland bedeuten haben. In den Etatsdebatten der vorigen Woche, wo sich die Agrarier so schwere Schläge von Herrn v. Heyden holten, war es zu wirklichen Beschlüssen über diese Zollfrage natürlich nicht gekommen. Hätten die Konservativen heute einen solchen Beschluß durchsetzen können, so würden sie triumphirend damit auf allen Märkten des politischen Lebens herumgezogen sein. Die Gefahr, daß es ihnen gelingen könnte, war nicht klein; denn, offenbar verabredetermaßen, hatten sie sich überaus zahlreich eingefunden. Der Abg. **Rickert**, der die Gefahr erkannte, wollte einer Ueberrumpelung vorbeugen und beantragte deshalb, die Petition an die Kommission zurückzuverweisen, damit diese schriftlichen Bericht erstatte. Der Antrag wäre bei voller Besetzung des Hauses angenommen worden. So aber, da die Rechte sich planmäßig terrainirt hatte, kam, nicht ohne Erregung des Hauses, eine Mehrheit von 122 gegen 115 Stimmen zu Gunsten der sofortigen Weiterberathung zu Stande, obwohl außer den Konservativen alle anderen Parteien geschlossen für den Antrag Rickert stimmten. Es schien unmöglich, einen Beschluß gegen den russischen Handelsvertrag noch fern zu halten, da die ziffermäßig festgestellte konservative Mehrheit gegen den Antrag Rickert auch den Antrag Arendt, die Petition „zur Berücksichtigung“ zu überweisen, schlangweg angenommen haben würde. Aber ein Aushilfsmittel bot sich doch, und dem Abg. **Friedberg** gebührt das Verdienst, es gefunden zu haben. Die preussische Verfassungsurkunde giebt dem Abgeordnetenhaus das Recht, die Anwesenheit der Minister bei seinen Berathungen zu fordern. Artikel 60 der Verfassung, der dies werthvolle Recht ausspricht, ist seit der Konfliktzeit nicht angerufen worden, und man kann sich die Verblüffung auf den konservativen Banken vorstellen, als der Abgeordnete Friedberg unter heiteren Bravos der Linken auf Grund des Artikels 60 die Anwesenheit der zuständigen Ressortminister verlangte. Zwar der Finanzminister war, nichts ahnend, inzwischen erschienen, von großer Heiterkeit begrüßt, die er sich nicht erklären konnte, bis er, über die Situation aufgeklärt, ein wenig mitlächelte, um sich dann freilich sehr ernst und nachdrücklich gegen die konservative Ueberrumpelungstaktik zu wenden. Herr v. Minnigerode erwiderte mürrisch (denn die Niederlage steckte ihm schon in den Knochen), Tadelvotum hin, Tadelvotum her; wenn die Sache erst an den Reichstag gelangt sei, habe es für die Konservativen gar keinen Werth, noch dreinzureden. War Herr Miquel da, so war er indessen doch nicht ausreichend vorbereitet, und vor Allem fehlte der Landwirtschaftsminister. Die formellen wie die materiellen Gründe, den Antrag Friedberg anzunehmen, erwiesen sich somit als derartig zwingend, daß auch die Konser-

und deren Damen wohl eine halbe Stunde verweilte. Gegen 11 Uhr verließ der Kaiser und der Hof das Haus, dessen festlich prunkende Räume noch bis gegen 2 Uhr Nachts ein Bild zwanglos seiner Geselligkeit boten.

In Ludwig Fuldas dramatischen Märchen „Der Talisman“, das das „Deutsche Theater“ gebracht hat, haben wir nicht nur die bedeutendste Dichtung dieser Saison, sondern überhaupt eine der poetisch werthvollsten und schönsten Dichtergaben der letzten Jahre erhalten. Aus diesen schönen, mit Grazie und Gewandtheit gehandhabten Versen spricht echte Poesie; eine an Grillparzers Gestaltungskraft und Innerlichkeit gemahnde Märchenbildung ist es, nur daß bei Fulda jugendliche Lebensfreudigkeit herrscht und die dramatische Kraft bis zur Schlussszene anhält.

Der Dichter führt uns an den Hof des Cypernkönigs Astolf, einer vornehmen starken Herrschernatur, der die Schmeichelei seiner Umgebung als den natürlichen Tribut seiner Größe betrachtet, der an den Strahlenglanz glaubt, der die Hofgesellschaft wie eine Gloriole um sein Haupt leuchten zu sehen vorgiebt. Und da sein treuester Feldherr zu starknackig ist zur Lüge, so ward er verbrannt. In der Fremde ist er gestorben und unerkannt kehrt sein Sohn Omar in die Heimath zurück. Er sieht wie des Herrschers Cäsarenwahn alles zerschmettert, auch die treuesten Freunde, wenn sie zum Widerspruch den Muth haben — und er beschließt, den König und sein Land zu retten. Omar erzählt dem König, er besitze einen Talisman und könne ein Kleid weben, das so beschaffen sei, daß die Dummen und die Schlechten es nicht sehen könnten. Fulda greift also auf das bekannte Märchen

von des Königs neuen Kleidern zurück, aber er weiß es so ausgestalten, daß die Dichtung sich vielfach zu den packendsten dramatischen Momenten erhebt, er weiß es zu vertiefen zu der Tragödie von dem Mächtigen, der einsam auf stolzer Höhe nicht mehr scheiden kann zwischen Schmeichelei und ehrlicher Treue, der in den Wahn seiner Gottähnlichkeit sich immer weiter verrennt, bis plötzlich ein Ereigniß ihm seines Nichts durchbohrendes Gefühl weckt.

Von all den Großen des Hofes will Niemand als schlecht oder dumm gelten. Alle sehen das nicht vorhandene Kleid und rühmen dem König den schönen Schnitt, die leuchtende Farbe. Und der König? Er sieht es nicht — soll er an einen Betrug Omars glauben? Dann wären all die Großen seines Hofes Dummköpfe oder Bösewichter und er selbst dann der größte Tölpel, denn er hat sie berufen und stets gewähnt, sein Königsauge finde die rechten Leute. . . . Und dumm dürfe er, der für ein ganzes Volk zu denken habe, doch nicht sein, Nein, Omar könne kein Betrüger sein, das Kleid müsse vorhanden sein, und wenn er es nicht sehe, so sei er eben schlecht. Vieber schlecht als dumm! Und schlecht doch auch nur aus Größe, schlecht nur aus der Machtfülle des Herrschers.

Mit diesem prächtigen feinspsychologischen Monolog schließt der 2. Akt. Hatte der erste Akt nur sonnige Heiterkeit und echten Humor ausgestrahlt, so brachte der zweite bereits die tiefere Bedeutung der Dichtung und entschied schon für den überaus großen Erfolg. Zu ungeahnt dramatischer Wirkung aber erhebt sich der 3. Akt. Auch das Volk soll das Zauberkleid sehen, daß sich entscheide, wer schlecht oder dumm. Mit dem nicht vorhandenen Kleide angethan, zieht der König im Festzuge durch die volkreichen Straßen — und alles Volk sieht das Kleid. Nur zanken sich die Parteien, ob es roth

sei oder blau — bereits hat eine Kartellpartei sich für grün entschieden. Da kommt Rita, des Korbflächters Habakuk holdseliges Töchterlein des Wegs daher. Sie sieht den kleiderlosen König und ruft überrascht „Der König hat nichts an!“ Und mit Donnergebräus pflanzt der Ruf sich durch das Volk fort: „Der König hat nichts an!“ Doch der König befiehlt bei Todesstrafe, man solle das Kleid sehen. Alles fügt sich, nur Rita nicht und ruhig erwidert sie:

Du brauchst Dich drob nicht zu erboen,  
Du bleibst ein König auch in Unterhosen.

Der König will sie zum Tode führen lassen, da springt Omar vor und ruft dem König zu, es sei wirklich kein Kleid da. Nur Knechtsinn, Ueberhebung und falsche Scham habe den Glauben an das Kleid gewoben. Nicht der König habe sein Volk gewogen, sondern Omar den König.

Diese Schlussszenen sind von ergreifender dramatischer Gewalt. Aus dem schlichten Märchenbilde entwickelt sich ein bedeutungsvolles Weltgemälde. Die Ueberhebung des Königs und den Sturz aus der Herrscherwahnhöhe in das Nichts zeigte Raiz hier in einer grandiosen Leistung. Der Schlusssatz, an schönen Szenen reich, aber in seinem Gefüge und seinen Motiven nicht so kristallrein wie die ersten Akte bringt die Väterung des Herrschers. Alles, worauf er sich gestützt, ist zerborsten, Alles, was sein Gottesgnadenthum für unfehlbar gehalten, ist zerstört — der Muth zur Wahrheit, das ist der wahre Talisman, richtet ihn wieder auf.

So schließt versöhnend die schöne Dichtung, die ich in knappen Zügen hier skizzirt habe. Aber der Zauber dieser quellfrischen Poesie, der Hauch ihres Humors und ihr sonniger Glanz läßt sich nur rühmen, nicht schildern. Fulda ist mit dieser Dichtung in die erste Reihe unserer Dichter getreten



ativen mit sauerfüßen Mienen ja dazu sagen mußten. Hätten sie nein gesagt, so wäre ihr kedes Hufarenstück vor aller Welt aufgedeckt gewesen und der fadenförmige Abstimmungserfolg in eine moralische Niederlage umgeschlagen. Mit 197 gegen 68 Stimmen ging der Antrag Friedberg durch, und die Verhandlung mußte abgebrochen werden; sie wird voraussichtlich nächsten Mittwoch fortgehen. Das Bistumste an der hiesigen Episkope ist, daß gerade die Konservativen, und noch dazu zu ihrem eigenen Schaden, gezwungen werden konnten, den kostbaren Artikel 60 der Verfassung als den Ausdruck eines starken parlamentarischen Machtgefühls anzuwenden.

Der Bundesrath stimmte in seiner am Donnerstag abgehaltenen Sitzung der Novelle für Elsaß-Lothringen über die Depositions-Verwaltung, dem Entwurf für Elsaß-Lothringen über die Errichtung von Spar- und Darlehenskassen und dem Entwurf über die Geltung des Gerichtsverfassungsgesetzes in Belgien bei.

Der offiziöse Draht hat vorgestern Abend die Meldung verbreitet, der deutsch-patriotische Verein in Glogau habe einstimmig beschlossen, die Erklärung eines sog. patriotischen Vereins zu Frankfurt a. M. zu Gunsten der Militärvorlage ganz und voll zu der seinigen zu machen. Wie wir dem Glogauer „Niederösl. Anz.“ entnehmen, beläuft sich die Zahl der Patrioten, welche diesen Beschluß einstimmig gefaßt haben, den Kellner einbezogen, auf 10. Diese Zehnmänner-versammlung, an deren Spitze der Major a. D., Gymnasiallehrer Dr. Mewes steht, hatte gleich beschlossen, ihren Beschluß in der „Schles. Ztg.“, der „Nordd. Allg. Ztg.“, der „Köln. Ztg.“, sowie durch das Wolffsche Telegraphen-Bureau zu veröffentlichen. Daher der Lärm.

Wie die „Lib. Kor.“ erfährt, wird die württembergische Regierung die Einstellung des Strafverfahrens gegen den Abg. Frhrn. v. Münch ablehnen, da es sich nicht um ein Strafverfahren, sondern nur um die Vollstreckung eines rechtsgültigen Strafurtheils handelt.

Der Rest der noch in Deutschland befindlichen Mannschafft der südwestafrikanischen Schutztruppe ist jetzt eingeleitet worden. Der Transport verläßt unter Führung des Hauptmanns Fischer am 13. Februar Abends Berlin und reist am 15. Februar von Cuxhaven ab. Die Vermehrung der Schutztruppe beträgt drei Offiziere, 196 Unteroffiziere und 4 Lazarethgehilfen.

Der Rechtsanwalt Hertwig sieht sich endlich veranlaßt, in der Spielschuldfrage eine sehr auf Schrauben gestellte Erklärung in der „Staatsb. Ztg.“ zu veröffentlichen. Die „Bresl. Ztg.“ hatte behauptet, daß Hertwig in Breslau beim Glücksspiel von einem der Mitspielenden 100 Mark entleihen und zwar einen Theil dieser Summe während des Spiels, den andern Theil erst bei seinem Weggange aus der Gesellschaft. Dem jetzt nun Hertwig den Einwand entgegen, daß er niemals die fragliche Schuld ganz oder theilweise anerkannt habe, da nicht er, sondern ein Anderer dafür haftbar war. — Wenn dies wahr wäre, hätte doch, meint die „Frl. Ztg.“, Hertwig es einfach auf die Klage antworten lassen können. Statt dessen hat er nach der „Bresl. Ztg.“ den Einwand gemacht, daß ein Theil dieser Schuld als Spielschuld nicht einlagbar sei. Dieser letzteren Behauptung der „Bresl. Ztg.“ hat Hertwig auch jetzt keinerlei Dementi entgegengesetzt. Seltsam, daß überhaupt von früheren Verurtheilen Hertwigs um das Gemeinwesen vor dessen Auftreten im Alwardt-Prozess außer dieser Spielschulden-geschichte nicht das Mindeste bekannt geworden ist.

## Parlamentarische Nachrichten.

L. O. Berlin, 9. Febr. In parlamentarischen Kreisen wird bei dem gegenwärtigen Stande der Arbeiten der Militärkommission und der Etatsberathung angenommen, daß die zweite Berathung der Militärvorlage im Plenum erst nach Ostern stattfinden kann.

Berlin, 9. Februar. Die Budgetkommission des Reichstages setzte heute die Berathung des Militäretats fort. Es wurde darüber diskutiert, ob für die weiteren Kasernenbauten in großem Maße leichter Massivbau oder Barackenbau gewählt werden solle. Der Abg. Dr. Vahl regt dabei auch an, ob die Wellblechbaracken in den westlichen Grenzbezirken wegen der großen Temperaturschwankungen für längere Dauer benutzt werden können. Die Heeresverwaltung sagt, daß diese Uebelstände durch bessere Heizung größtentheils behoben seien, und die Wellblechbaracken seien überall da beizubehalten, wo man auf Transportabilität der Baracken Werth legen müsse. Auf eine Anfrage des Prinzen Arenberg (Ztr.) antwortet die Heeresverwaltung, daß für Pferde die Versuche noch nicht abgeschlossen seien, dieselben sollen in neuester Zeit aber günstige Resultate ergeben haben. — Wo es sich um dauernde Kasernenbauten handelt, werde man die Wellblechbaracken durch solche Bauten ersetzen müssen. Eine Reihe von Forderungen für Kasernenbauten wird darauf bewilligt. Die Forderung von 366 513 Mark als letzte Rate für den Neubau einer Trainskaserne in Posen, wird (wie schon mitgetheilt) vorläufig aus formellen Gründen abgelehnt; ebenso werden für Düsseldorf 100 000 Mark für Grunderwerb zu einem Dienstgebäude für das Bezirks-Kommando abgelehnt. Für Wesel wird die erste Bauprate für eine Kaserne (600 000 Mark) abgelehnt. Auch für Köln werden geforderte 300 000 M. als 1. Bauprate für eine zweite Kaserne abgelehnt und ebenfalls für Köln zum Neubau eines Dienstgebäudes für das Bezirkskommando die erste Bauprate statt der geforderten 100 000 M. nur in Höhe von 70 000 M. bewilligt. Voll bewilligt werden die Titel 32 Kavalleriekaserne Gumbinnen, 33 Artilleriekaserne ebendort, 34 Kavalleriekaserne Gnesen, 35 Infanteriekaserne Stettin, 36 Artilleriekaserne Zücker bogt, 37 Pandurkaserne Magdeburg, 38 Kaserne Magdeburg, 41 Ausbau der Straßengebäude in Posen, 42 Intendantur-Dienstgebäude Berlin, 43 Kavalleriekaserne Gleiwitz, 44 Artilleriekaserne Düsseldorf, 46 Artilleriekaserne Münster.

Berlin, 9. Febr. Die Geschäftsordnungskommission des Reichstags beschloß heute einstimmig, die Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Abg. Bankdirektors North aus Straßburg i. E. wegen betrügerlicher Handlungen zu empfehlen.

## Telegraphische Nachrichten.

Halle a. S., 9. Febr. Gestern sind in der Strenanstalt zu Nietleben zwei Todesfälle und drei choleraverdächtige Erkrankungen vorgekommen.

Hamburg, 9. Febr. Wie aus Altona gemeldet wird, ist bei zwei am 28. Januar resp. 3. Februar erkrankten Personen nach ihrem am 8. d. M. erfolgten Tode Cholera fest-

gestellt worden. In Hamburg ist kein Cholerafall vorgekommen.

Bremen, 8. Febr. Der „Norddeutsche Lloyd“ hat beschlossen, wegen des Wiederauftretens des gelben Fiebers in Santos seine Dampfer daselbst nicht anlaufen zu lassen. Die Ladungen für Santos werden durch Küstendampfer von Rio de Janeiro aus weiterbefördert.

Leipzig, 9. Febr. Als Urheber der in vergangener Nacht im Schäferchen Restaurant durch Entzündung einer Rakete entstandenen Feuersbrunst ist ein hiesiger Wein-händler ermittelt und verhaftet worden.

Wien, 9. Febr. Infolge der Eisstoßbewegung und des Thauwetters sind mehrere niederösterreichische Ortschaften überschwemmt; die Einwohner haben größtentheils ihre Wohnungen räumen müssen. Die Stadt Poedlarn ist stark gefährdet. Wegen des Näherrückens der Eisbewegungen sind in Wien Rettungsvorkehrungen verfügt.

Prag, 9. Febr. Der Reichsraths- und Landtagsabgeordnete Trojan, einer der Führer der jungtschechischen Partei, ist heute Mittag im hohen Alter gestorben.

Peft, 9. Febr. Heute haben 1177 Arbeiter in der ungarischen Waffenfabrik die Arbeit wieder aufgenommen. Der Streik ist somit beendet. Die noch ausständigen Arbeiter sind entlassen worden.

Basel, 9. Febr. Das Obergericht von Basel-Land hat in dem Prozesse gegen die Zura-Simplon Eisenbahn wegen des Mönchensteiner Eisenbahnunglücks ebenfalls die Frage der groben Fahrlässigkeit bejaht.

Rom, 8. Febr. In Campolieto (Distrikt Campobasso) sind heute Vormittag mehrere schlecht gebaute Häuser eingestürzt. Soweit bis jetzt bekannt, sind 13 Personen dabei umgekommen und 14 Personen verlegt.

Christiania, 9. Febr. Nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen beträgt die Zahl der während des Sturmes bei den Losoten verunglückten Fischer 123. Es ist ein Aufruf zur Unterstützung der Hinterbliebenen der Verunglückten erlassen.

Paris, 9. Febr. Das heute Nachmittag in dem Panama-Prozess verkündete Urtheil lautet auf 5 Jahre Gefängniß und je 3000 Frs. Geldbuße gegen Ferdinand und Charles von Lespès, auf 2 Jahre Gefängniß und je 3000 Frs. Geldbuße gegen Fontane und Cottu wegen betrügerischer Handlungen und Vertrauensmißbrauchs; gegen Eiffel auf 2 Jahre Gefängniß und 20 000 Frs. wegen Vertrauensmißbrauchs.

Paris, 8. Febr. Das Gerücht von der Demission des gesamten Kabinetts oder eines Ministers wird offiziell dementirt. Es heißt jedoch, die Regierung denke daran, die erste Gelegenheit zu ergreifen, um von der Kammer einen weniger unklaren Ausdruck ihrer Gefinnungen ihr gegenüber zu erhalten.

Paris, 8. Febr. [Deputirtenkammer.] Im weiteren Verlaufe der Sitzung brachte der Deputirte Richard den Antrag ein, die Regierung aufzufordern, an Reichs-Rath die Summe zurückzugeben, die Reichs-Rath für die geheimen Fonds bezahlt habe. Richard beantragte für seinen Antrag die Dringlichkeit, dieselbe wurde mit 232 gegen 176 Stimmen angenommen, die sofortige Berathung jedoch abgelehnt. — Die Kammer nahm hierauf die Berathung des Postetats wieder auf. — In den Wandelgängen heißt es, Bourgeois habe in Folge der Annahme der Tagesordnung Cavaignac die Absicht geäußert, seine Entlassung zu geben, sei jedoch auf Bitten seiner Freunde davon zurückgekommen.

Marseille, 9. Febr. Bezüglich der Ursache der jüngst hier vorgekommenen als choleraverdächtig gemeldeten Todesfälle herrscht unter den hiesigen Ärzten keine Uebereinstimmung. Einige weisen darauf hin, daß die Todesfälle lediglich in der ärmeren Klasse der Bevölkerung aufgetreten sind, und bezeichnen dieselbe als Folge von Influenza, welche sich auf die inneren Organe geworfen habe. Cholerabazillen sind in den Dejectionen der Kranken nicht entdeckt. Die Gesamtzahl der bisher vorgekommenen Todesfälle beträgt 9. Gestern wurden drei Erkrankungen gemeldet.

London, 9. Febr. Das „Reuter'sche Bureau“ meldet aus Honolulu vom 1. Febr.: Heute erklärte der Gesandte der Vereinigten Staaten von Nordamerika auf Ersuchen der provisorischen Regierung das provisorische amerikanische Protektorat über die Inseln und ließ auf dem Regierungsgebäude die Flagge der Vereinigten Staaten, auf den übrigen öffentlichen Gebäuden jedoch, sowie auf den Schiffen die hawaiische Flagge hissen. Eine Proklamation des amerikanischen Gesandten besagt, der Zweck seines Vorgehens sei, die Ordnung aufrecht zu erhalten, übrigens aber den Ausgang der Verhandlungen in Washington zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten und dem hawaiischen Abgesandten abzuwarten. Es herrscht vollkommene Ruhe.

London, 9. Febr. Nach einer weiteren Meldung des „Reuter'schen Bureaus“ aus Honolulu hat der dortige englische Ministerpräsident bereits am 19. v. M. die provisorische Regierung bis zum Eintreffen von näheren Instruktionen aus London anerkannt.

London, 9. Febr. Dem „Reuter'schen Bureau“ wird aus Buenos Ayres von heute gemeldet, daß Esalante das Portefeuille der Finanzen angenommen habe und die ihm zugehörige Absicht, die Zinszahlung auf fünf Jahre einzustellen, entschieden zurückweise. Die Staatseinkünfte liefen regelmäßig ein, das Schatzamt habe gegenwärtig einen großen Baarbestand. — Die aufständische Bewegung in der Provinz Santa Fé sei in der Abnahme begriffen.

London, 9. Febr. Nach einer Meldung aus Alexandrien von heute ist anlässlich der Karnevalsfeiern der Posten in Lab-bane, welcher vor einiger Zeit verlassen worden war, vorsichtshalber wieder von englischen Truppen besetzt worden. — Der englische Kreuzer „Amphion“ ist gestern in Alexandrien eingetroffen.

Konstantinopel, 8. Febr. In Mustaphapasha ist die 48 stündige Quarantäne wieder eingeführt worden.

## Handel und Verkehr.

\*\* Posener Provinzial = Aktien = Bank. Der Aufsichtsrath beschloß der demnächst stattfindenden Generalversammlung die Vertheilung einer Dividende von 4 1/2 pCt. (gegen 5 1/2 pCt. im Vorjahre) vorzuschlagen.

\*\* Köln, 9. Febr. Bei der heutigen Verdingung der rechts-rheinischen Eisenbahn war die Mindestfordernde für 1100 Tonnen Stabstahl die „Gute-Hoffnungs-Hütte“ mit 113 M. in Schweiß-eisen und 106 M. in Flußeisen frei Werkstätte; für 435 Tonnen Stabstahl war Mindestfordernder der Förder-Verein mit 89 Mark.

\*\* Wien, 8. Febr. Dem „Fremdenblatt“ zufolge sind mehr als 95 pCt. der österreichischen und mehr als 90 pCt. der ungarischen Konversionswerthe zum Umtausch gelangt.

\*\* Bradford, 9. Febr. Wolle fest und belebter; Merino-Wolle jedoch matt; Garne ruhig, aber fest; Spinner beschäftigt, Stoffe ruhig; einige Aufträge für Südamerika und China liegen vor.

## Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Februar 1893.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm. 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temper. i. Cels. Grad.
9. Nachm. 2	746,0	W mäßig	bedeckt	+ 1,5
9. Abends 9	749,8	SW schwach	bedeckt	+ 0,7
10. Morgs. 7	741,7	S stark	bedeckt	+ 1,2

\*) Vormittags öfter Schnee und Regen.

Am 9. Febr. Wärme-Maximum + 2,0° Cels.

Am 9. „ „ Wärme-Minimum + 0,4° „

## Produkten- und Börsenberichte.

### Börsen-Kurse.

Breslau, 9. Febr. (Schlußkurse.) Fest. Neue 3proz. Reichsanleihe 87,20, 3 1/2proz. „-Anleihe 98,55, Konsol. Türken 21,90, Türk. Boote 93,75, 4proz. ung. Goldrente 96,60, Bresl. Diskontobank 96,65, Breslauer Wechselbank 96,25, Kreditaktien 174,75, Schles. Bankverein 114,25, Donnersmarchhütte 87,25, Glöbner Maschinenbau —, Rattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 114,50, Oberschles. Eisenbahn 50,70, Oberschles. Portland-Zement 72,25, Schles. Cement 126,00, Oppeln. Zement 92,00, Schl. D. Zement —, Krassa 134,80, Schles. Zinkaktien 176,50, Laurahütte 97,25, Verein. Delfabr. 90,50, Oesterreich. Banknoten 168,80, Russ. Banknoten 210,75, Gieseler Cement 78,25, 4proz. Ungarische Kronenrente 93,65.

Frankfurt a. M., 9. Febr. (Schlußkurse.) Fest. Vond. Wechsel 20,41, 3proz. Reichsanleihe 87,10, österr. Silberrente 82,80, 4 1/2proz. Bapierrente 83,20, do. 4proz. Goldrente 98,90, 1880er Boote 127,90, 4proz. ung. Goldrente 96,70, Italiener 92,30, 1880er Russen —, 3. Orientanl. 68,10, umfz. Egypter 100,10, lomb. Türken 21,95, 4proz. türk. Anl. —, 3proz. port. Anl. 20,90, 5proz. serb. Rente 79,50, 5proz. amort. Rumänier 98,80, 6proz. konsol. Mexik. 79,70, Böhm. Westbahn 308, Böhm. Nordb. 160 1/2, Franzosen —, Galizier —, Gotthardbahn 151,30, Lombarden 81 1/2, Lübeck-Büchen 139,50, Nordwestbahn —, Kreditaktien 271 1/2, Darmstädter 134,50, Mittelb. Kredit 98,00, Reichsb. 150,20, Disk. Kommandit 185,10, Dresdner Bank 142,00, Pariser Wechsel 81,25, Wiener Wechsel 168,55, serbische Tabakrente 79,00, Bochum. Gußstahl 126,10, Dortmund. Union 60,60, Harpener Bergwerk 133,90, Sibirien 114,30, 4proz. Spanier 61,50, Ratener 111,10, Berliner Handelsgesellschaft 141,00, Kronenrente 93,70.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 272 1/2, Disk.-Kommandit 185,20, Laurahütte —.

Wien, 9. Febr. (Schlußkurse.) Auf großen Konversionserfolg Renten lebhaft, anderes vernachlässigt, schließlich auf Berlin fest. Oester. 4 1/2proz. Bapier. 98,87 1/2, do. 5proz. —, do. Silber. 98,50, do. Goldrente 117,40, 4proz. ung. Goldrente 114,85, 5proz. do. Bapier. —, Länderbank 237,70, österr. Kreditakt. 323,65, ungar. Kreditaktien 97,50, Wien. W.-B. 119,80, Elbethalbahn 233,00, Galizier 219,75, Lemberg-Czernowitz 259,50, Lombarden 94,50, Nordwestbahn 216,50, Tabakakt. 174,25, Napoleons 9,62, Marknoten 69,25, Russ. Banknoten 124 1/2, Silbercoupons 100,00, Bulg. Anleihe 113,25.

Oester. Kronenrente 95,52 1/2, ungar. Kronenrente 94,45.

Paris, 9. Febr. (Schlußkurse.) Behauptet.

3proz. amort. Rente 98,50, 3proz. Rente 98,00, 4proz. ungar. —, Italien. 5proz. Rente 91,50, österr. Goldr. —, 4proz. ungar. Goldr. 96,06, 3. Orientanl. 69,20, 4proz. Russen 1889 98,00, 4proz. Egypter 100,00, lomb. Türken 22,17 1/2, Türkenl. 93,10, Lombarden 220,00, do. Priorit. —, Banque Ottomane 586,00, Panama 5proz. Obligat. —, Rio Tinto 391,80, Tab. Ottom. 370,62, Neue 3proz. Rente —, 3proz. Portugiesen 20 1/2, 3proz. Russen 78,60, Privatbankfont 2.

Petersburg, 8. Febr. Wechsel auf London 97,20, Russ. II. Orientanl. 103, do. III. Orientanl. 104 1/2, do. Bank für ausw. Handel 285 1/2, Petersburger Diskontobank 489, Warschauer Diskontobank —, Petersb. internat. Bank 446, Russ. 4 1/2proz. Boden-kreditpandbriefe 154 1/2, Gr. Russ. Eisenbahn 251, Russ. Südwestbahn-Aktien 116 1/2.

### Produkten-Kurse.

Köln, 9. Febr. (Getreidemarkt.) Weizen loco hiesiger 16,50, do. fremder loco 17,75, per März 16,40, per Mai 16,80. Roggen hiesiger loco 14,75, fremder loco 16,75, per März 14,40, per Mai 14,35. Hafer hiesiger loco 14,75, fremder —. Rübsöl loco 54,50 per Mai 53,70, per Okt. 53,70. Wetter: Schön.

Bremen, 9. Februar. (Börsen- und Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notiz der Bremer Petroleumbörse.) Tag- und Nacht. Ruhig. Vto 5,35 Br.

Baumwolle. Ruhig. Upland middl. loco 49 Pf., Upland Basis middl. nichts unter low middl., auf Te. minilieferung per Febr. 48 1/2 Pf., v. März 48 1/2 Pf., v. April 49 Pf., v. Mai 49 1/2 Pf., v. Juni 49 1/2 Pf., v. Juli 49 1/2 Pf.

Schmalz. Sehr fest. Schafer — Pf., Wilcox 57 1/2 Pf., Choice Groceries 57 1/2 Pf., Armour 57 1/2 Pf., Rohe u. Brother (pure) — Pf., Fairbanks — Pf., Cudahy 57 1/2 Pf.

Speck. Fest. Short clear middl. 50, Jan.-Febr.-Abladung Short clear middl. —, long clear middl. —.

Wolle. Umfah 174 Ballen.

Bremen, 9. Febr. (Kurse des Effekten- und Makler-Vereins) 5proz. Nordb. Diskontobank und Rammgarn-Spinnerei-Aktien 156 Br., 5proz. Nordb. Lloyd-Aktien 102 bez.

Hamburg, 9. Februar. (Getreidemarkt.) Weizen loco ruhig, holsteinscher loco neuer 154—158 — Roggen loco fest, mecklenb. loco neuer 136—138, russischer loco fest, transit 110. — Hafer ruhig. — Gerste fest. Rübsöl (unverz.) fest, loco 54. — Spiritus loco matt, per Februar 22 1/2 Br., er Febr.-März 22 1/2 Br., per April 22 1/2 Br., per Mai-Juni 22 1/2 Br. — Kaffee fest. Umfah 2000 Sack. — Petroleum loco ruhig. — Starbarch white loco 5,20 Br., v. März 5,05 Br. — Wetter: Bedeckt.

Hamburg, 9. Febr. Kaffee. (Schlußbericht.) Good aver. ge Santos per März 84, per Mai 82 1/2, per Sept. 82, per Dez. 81 1/2. Ruhig.



1. Water.